

„Wir dürfen Hilfe nicht verweigern“

Im NW-Exklusivinterview setzt Superintendent Uwe Gryczan sich mit der Frage auseinander, ob die Aufnahme von zehn zusätzlichen Flüchtlingen in Lübbecke an Bedingungen geknüpft werden sollte.

■ **Lübbecke.** Der Stadtrat entscheidet heute Abend über einen Antrag von SPD, Grünen, LK, Linkspartei, zusätzlich zehn aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Forderung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen an die Politik, bereitwilligen Kommunen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland zu ermöglichen, basiert auch auf einer Anregung des Kirchenkreises Lübbecke von Ende August. Der Großbrand des Lagers Moria auf der Insel Lesbos Anfang September kann also nicht der Anlass gewesen sein. Welcher dann?

UWE GRYZAN: Die bereits vor dem verheerenden Großbrand katastrophale humanitäre Lage in griechischen Flüchtlingslagern, nicht zuletzt in Moria. Gerade für Kinder und unbegleitete minderjährige Jugendliche, aber auch für Familien war die Lageschon seit langem völlig inakzeptabel. Im August hörten wir, dass Geflüchtete willkürlicher Gewalt ausgesetzt sind, medizinische Hilfe völlig unzureichend, das Lager völlig überfüllt ist und die Menschen ohne eine Perspektive dort ausharren mussten, Menschen, die zumeist nach langen und gefährlichen Fluchtwegen höchst traumatisiert sind. Das widerspricht eindeutig dem, was wir in Deutschland unter Menschenwürde und Schutz von Minderjährigen verstehen.

Ist Flüchtling gleich Flüchtling oder favorisieren Sie die Aufnahme aus bestimmten Ländern oder Gründen?

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen muss immer der humanitäre Gesichtspunkt an erster Stelle stehen. Es sterben Menschen im Flüchtlingslager auf Lesbos, sind schwer krank oder auch traumatisiert. Dieser Realität müssen wir uns als Gesellschaft und Kirche stellen. Wir dürfen die Verantwortung für die jetzt nötige Hilfe nicht verweigern. Ob ein

Geflüchteter als solcher auch anerkannt wird, ist eine zweite Frage, über die in einem rechtsstaatlich geordneten Asylverfahren zu entscheiden ist. Davon die unmittelbare Nothilfe abhängig zu machen, wäre unverantwortlich.

Lübbecke will über Zugewiesene hinaus zehn aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen – Familien mit Kindern. Wie sehen Sie solche Vorgaben?



Uwe Gryczan, Superintendent des Kirchenkreises Lübbecke. FOTO: -SL-

Oft sind Familien mit ihren Kindern oder auch unbegleitete Minderjährige am meisten gefährdet. Insofern ist es richtig, sich jetzt darauf zu konzentrieren, Familien mit Kindern aufzunehmen und ihnen in Lübbecke einen sicheren Ort anzubieten. Wenn zehn Personen gut untergebracht werden und die nötige Begleitung und Hilfestellung gerade zu Anfang erhalten, ist das schon viel. Es geht nicht um Zahlen, sondern um einzelne Menschen. Aber die Aufnahme muss auch verantwortlich organisiert werden können.

Die Wählergemeinschaft Lübbecke möchte Kriegsflüchtlinge aus Syrien aufnehmen, betont aber: keine „Wirtschaftsflüchtlinge“. Verdienen Flüchtlinge,

die aus purer Armut ihr Land verlassen, keine Fürsorge?

Auch Armut kann lebensbedrohlich werden. Ganz zu schweigen von den Veränderungen durch den Klimawandel, der Menschen dazu zwingt, ihr Land oder die Region, in der sie bislang gelebt haben, verlassen zu müssen. Als Kirchenkreis engagieren wir uns zum Beispiel in Tansania mit Wasserprojekten, um Menschen Zugang zu sauberem

der Abstimmung enthalten, weil sie Vorbehalte gegen das Bündnis „Seebrücke“ hat. Können Sie das nachvollziehen?

Für mich geht es um die Sache. Das Bündnis Seebrücke ist entstanden, um aus Seenot geretteten Flüchtlingen zu helfen. Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer oder den Atlantik sich selbst zu überlassen und Seenotrettung zu verweigern, ist ein Unding. Seit 2015 sind mehrere Tausend Menschen im Mittelmeer ertrunken. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass immer mehr Menschen im Mittelmeer sterben, weil ihnen die nötige Hilfe aus politischen Gründen verweigert wird. Es werden sogar Boote mit Geflüchteten auf das offene Meer zurückgetrieben. Das dürfen und können wir nicht akzeptieren. Daher ist es ganz wichtig, dass sich im Rahmen dieses Bündnisses Städte in der gesamten Bundesrepublik zusammengefunden haben, die Geflüchtete retten wollen, um Leben zu schützen.

Die SPD-Fraktion sagt, die Aufnahme der zusätzlichen Flüchtlinge dürfe nicht an der Frage scheitern, ob die entstehenden Kosten durch Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz gedeckt sind. Wie denken Sie über finanzielle Vorbehalte? Die entscheidende Frage ist die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr und damit der Schutz des Lebens. In dieser Zielrichtung sollten sich die Parteien einig sein, weil Artikel eins des Grundgesetzes nicht verhandelbar ist. Ja, es entstehen Kosten; aber langfristig gesehen, werden die Familie, wenn ihre Integration gut vorbereitet wird, beruflich tätig werden, ihre Kinder zur Schule schicken und damit ihren Betrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt leisten, so dass jetzt nicht finanzielle Vorbehalte verhindern dürfen, das Leben von zehn Menschen zu retten.

Die CDU-Fraktion will sich bei

Warum nicht 20 oder 100? Wann ist aus Ihrer Sicht eine Aufnahmegrenze für eine kleine Stadt wie Lübbecke erreicht? Die Aufnahme von Menschen muss gut organisiert sein. Das beginnt bei der Wohnungssuche und setzt sich fort bei der Frage nach Sprach- und Integrationskursen, nach beruflicher Aus- oder Weiterbildung, nach Schulplätzen und so weiter. Deshalb ist es richtig, zu sagen, wir nehmen jetzt zehn Menschen auf, weil wir deren Unterbringung und Versorgung sowohl mit hauptamtlichen als auch ehrenamtlichen Kräften in Lübbecke gut organisiert bekommen. Ob zu einem späteren Zeitpunkt weitere zehn Menschen aufgenommen werden können, muss dann entschieden werden. Keine Kommune sollte damit überfordert werden.

Wer übernimmt die Betreuung? Von einigen ehrenamtlichen Paten weiß man, dass sie vor einem Burnout standen.

Bei der Betreuung der zusätzlichen Flüchtlinge werden Ehrenamtliche aus unserem Kirchenkreis mithelfen. Es gibt Menschen, die haben auch schon ihre Hilfe angeboten. Manche ehrenamtliche Paten haben in den letzten Jahren enorm viel geleistet. Davor habe ich größten Respekt. Manche haben auch zu viel Hilfe und Unterstützung auf sich nehmen müssen und sind an ihre Grenzen gekommen.

Wir werden zusammen mit unserer Flüchtlingsbeauftragten dafür sorgen, dass die Ehrenamtlichen entsprechend geschult und vorbereitet werden, und darauf achten, wo ihre Grenzen liegen. Wir wissen auch von Ehrenamtlichen, die sich bis heute mit großem persönlichen Engagement für Geflüchtete einsetzen, dass sie dabei viele positive Erfahrungen gemacht haben.

Die Fragen stellte Frank Hartmann

